

2371/J-BR/2005

Eingelangt am 01.12.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte Ing. Reinhold Einwallner, Jürgen Weiss und Edgar Mayer

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Ersatz der PKW-Autobahnvignette durch Integration der Gebühren in die Mineralölsteuer als fahrleistungsabhängige Abgabe

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Vorarlberger Landtages hat in seiner Sitzung am 30. November 2005 einstimmig folgenden Beschluss gefasst: „Die Landesregierung möge sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die PKW-Vignette durch eine aufkommensneutrale und zweckgebundene Anhebung der Mineralölsteuer ersetzt wird. Um Standortnachteile zu vermeiden, sollte ein europäischer Gleichklang angestrebt werden. Dieses fahrleistungsabhängige und von der Straßenkategorie losgelöste Gebührenmodell würde nicht nur die systembedingten Kosten der PKW-Vignette einsparen, sondern auch unerwünschte Verlagerungseffekte ausschließen. Begleitende Unterstützungsmaßnahmen für Pendlerinnen und Pendler, die ihren Arbeitsplatz mit vertretbarem Aufwand nur mit eigenem Auto erreichen können, sind zu berücksichtigen!“

Wie sich vor allem im nördlichen Teil Vorarlbergs gezeigt hat (Problematik in und um Bregenz), ist die Vignette ein untaugliches Instrument zur Finanzierung des Straßenbaus. Der Ersatz dieser Vignette durch eine aufkommensneutrale Anhebung des Benzinpreises würde auf der einen Seite eine Rückverlagerung des Verkehrs auf die Autobahn, andererseits keine zusätzliche Belastung der Autofahrerinnen und Autofahrer mit sich bringen. Darüber hinaus könnten auch die mit der Vignette verbundenen Verwaltungskosten eingespart werden.

Die unterzeichnenden Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

- 1.) Inwieweit werden Sie dem Beschluss des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Vorarlberger Landtages Rechnung tragen?
- 2.) Sind Sie mit uns der Ansicht, dass durch das vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Vorarlberger Landtages vorgeschlagene Modell unerwünschte Ausweichverkehre vermieden werden können?
- 3.) Werden Sie die österreichische EU-Präsidentschaft nutzen, um den im Beschlusstext angeregten europäischen Gleichklang anzustreben und wenn ja, wie gedenken Sie das zu tun?
- 4.) Welche begleitenden Unterstützungsmaßnahmen für Pendlerinnen und Pendler werden Sie setzen?